



Informationen und Positionen

Im Internet: www.linkes-buendnis-dortmund.de
c/o Oesterholzstraße 27 44145 Dortmund Tel: 0231.814709
Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

Schwarz auf Weiß - Informationen für Dortmunder/innen - Texte aus dem Internet von Linkes Bündnis Dortmund **07.05**

Offener Brief an JobCenterARGE und Stadt Dortmund

29. Juni 2005

Halbjahresbilanz der Qualifizierungsoffensive 2005

Nach meiner Kenntnis hat die JobCenterARGE Dortmund – im Rahmen der so genannten Qualifizierungsoffensive – in 2005 eine Finanzierung von 75 Millionen Euro aus Bundesmitteln zweckgebunden zur Verfügung. Von dieser Summe sollen erst ca. 20% ausgegeben oder festgelegt worden sein. Die in dieser Offensive geförderten Maßnahmen sind auf ein halbes Jahr Dauer festgelegt und müssen im Förderzeitraum beendet sein, also spätestens am 1. Juli beginnen. Damit muss es als sicher gelten, dass der größte Teil der Mittel nicht mehr zweckentsprechend ausgegeben werden kann.

Ich frage die JobCenterARGE, Herrn Geschäftsführer Neukirchen-Füßers, und die Dortmunder Politik, Herrn Oberbürgermeister Dr. Langemeyer:

1. Sind diese Informationen im Prinzip korrekt?
2. Wie hoch sind die Mittel im einzelnen – die Gesamtsumme, die verausgabten und noch zu verausgabenden Mittel, die verfallenden bzw. zurück zu gebenden Mittel?
3. Wie groß ist der Personenkreis, der eine Qualifizierungsmaßnahme im Rahmen der Qualifizierungsoffensive 2005 erhält, und wie viele hätten sie insgesamt erhalten können?
4. Welche Hilfeempfänger/innen sind vom teilweisen Scheitern der Qualifizierungsoffensive betroffen – nach Dauer der Arbeitslosigkeit, Geschlecht, Alter, vorhandene Qualifikationen?
5. Welche Anstrengungen sind gemacht worden, um das im Grundsatz, vielleicht nicht in der Dimension, voraussehbare Debakel in der Qualifizierungsoffensive frühzeitig zu verhindern?
6. Trifft es zu, dass es keine systematische Entwicklung von entsprechenden Qualifizierungselementen bei den Bildungseinrichtungen in der Region mehr gibt, auf die zugegriffen werden kann?
7. Trifft es zu, dass die Mitarbeiter/innen der ARGE im Juni gedrängt worden sind, mit allen Mitteln Maßnahmen zu vermitteln (Hilfeempfänger/innen dafür "einzufangen", Sanktionen anzudrohen, falls Hilfeempfänger/innen "sich sperren", usw.)?
8. Trifft es zu, dass erwogen wurde und noch wird, Qualifizierungsmaßnahmen zurück zu datieren, falls sie nicht mehr rechtzeitig vereinbart werden können?
9. Was beabsichtigen Sie zu tun, um den Sachverhalt insgesamt und im Detail aufzuklären und öffentlich darzustellen?
10. Welche Konsequenzen förderpolitischer, struktureller und personeller Art wollen Sie im Fall außerordentlicher Systemfehler in Ihrem Haus ziehen?

Mit Blick auf den Halbjahrestermin bitte ich um baldige Beantwortung.

Prof. Wolfgang Richter für Linkes Bündnis Dortmund
– Parteilose Linke, DKP und SDAJ

9. Sitzung des Rats am 30. Juni

Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund" festgehalten und kommentiert. Das Protokoll kann in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.

Tödlicher Verkehrsunfall auf der Mallinckrodtstraße

Aufgrund eines Verkehrsunfalls mit Kindstötung auf der Mallinckrodtstraße und heftiger Proteste der Anwohner/innen war die TO um diesen Punkt erweitert worden. Die Fraktionen von SPD/Grünen legten eine Beschlussvorlage vor, nach der die Verwaltung Maßnahmen zur Verkehrssicherheit in diesem Bereich einschließlich möglichem Verbot des Schwerlastverkehrs über 3,5t prüfen und ggf. umsetzen sollte. Ein ähnlicher Antrag von PDS/OL wurde zurückgezogen. Die Debatte verlief zwischen Trauerbekundungen und Schuldzuweisungen untereinander und an Dritte, Eltern, Erzieher usw.

Wortmeldung: Erlauben Sie, dass ich mit einem Zitat beginne. Ich zitiere: "Die Belastungen dieser Straßen durch Lärm, Staub und latente Unfallgefahr werden teilweise so hoch, dass die Funktionsfähigkeit der angrenzenden Nutzungen nicht mehr gewährleistet ist und Umnutzungen zu erwarten sind (z.B. Mallinckrodtstraße/OW IIIa, Bundesstraße 1). Dies wird bewusst in Kauf genommen, um den gesamtstädtischen Verkehrsberuhigungseffekt zu erreichen und die notwendigen Voraussetzungen zur Verbesserung der Standortqualität für Gewerbe und Industrie zu leisten." Dies ist nicht aus einem linksradikalen Flugblatt zitiert, sondern es entstammt dem Erläuterungsbericht des Flächennutzungsplans von 1985. Damals nahm man noch kein Blatt vor den Mund und sprach Klartext. Der heutige Zustand der Mallinckrodtstraße ist bewusst geplant worden. Dies gilt es zu beachten, wenn von Verantwortung die Rede ist.

Sicher beugen sich schon Rechtsanwälte und Sachverständige über die Schadenersatzfrage und stecken ihre Köpfe in die Schuldfrage. Sie werden bei der zerstörten Familie des toten Kindes einerseits und bei dem unglückseligen Fahrer des LKW andererseits suchen. Zu dem tiefen Schock und dem unermesslichen Leid werden für sie zusätzliche existentielle Fragen treten.

Aber die Verantwortung liegt vor allem bei Politik und Planung. Auch im neuen Verfahren für einen Flächennutzungsplan hat es zu dieser Planung – wie übrigens auch 1985 - genug und deutliche Kritik gegeben. Das "Linke Bündnis Dortmund" hat wiederholt Kritik und Bedenken geäußert, zuletzt im förmlichen Verfahren im Juli 2004. Ich zitiere: "... Ein klassisches Beispiel für das Zusammenwirken struktureller räumlicher Nachteile zu Lasten der Lebenssituation von Frauen ist die konzentrierte Ansiedlung von insbesondere automobilem Logistikgewerbe in der Nordstadt. Die Nordstadt ist der Stadtbezirk mit dem höchsten Anteil an sozial benachteiligten Gruppen

und gleichzeitig leben hier die meisten Kinder und alleinerziehenden Mütter. Der Stadtbezirk weist in Dortmund die höchste Rate an Kinderunfällen im Straßenverkehr auf - die den Stadtbezirk als "kurze Verbindung" zwischen der Autobahn A45 im Westen und der B236 im Osten durchschneidende Mallinckrodtstraße ist immer wieder Ort tödlicher Kinderunfälle. Bis zum Jahr 2015 werden für die Bundesrepublik im Frachtaufkommen insgesamt Steigerungen um 65% und spezifisch beim LKW-Transport um 100% prognostiziert. Der Ausbau der Nordstadt zum Logistikschwerpunkt wird lokal zu vielfach höheren Steigerungen in erster Linie des LKW-Transports führen. Dadurch werden die lebensweltlichen Belastungen des heute schon schwer belasteten Stadtbezirks aus flächenhafter Verlärmung, Luftverschmutzung, räumlichen Benachteiligungen und Unfallrisiken für die Bewohner/innen und insbesondere für Frauen mit ihrer Hauptverantwortung für die aufwachsende Generation ins Unerträgliche gesteigert. ..." Ende des Zitats.

Alle unsere konkrete Kritik ist weggewischt worden. Sowohl in den verantwortlichen planenden und beschließenden Gremien - in diesem Raum auch - als auch von der stets so schnellen Regierungspräsidentin in Arnsberg, die den Plan ohne Ansehen der Kritiken an ihm genehmigt hat. Ich frage: Welche Verantwortung übernehmen die Politik und die genehmigende Behörde?

Die Stadt Dortmund wirbt international mit einem schönen "LKW-Stadtplan Dortmund" - "Citymap for truck drivers" in englisch, französisch und russisch - für die LKW-Freundlichkeit der Stadt. Der Plan ist in diesem Jahr datiert und zeigt aufs Genaueste, wie einfach und kostengünstig es ist, die Mallinckrodtstraße zur Durchfahrt für Lasten aller Art zu benutzen.

In dieser Situation kann es nicht ausreichen, Trauer zu zeigen und Einzelmaßnahmen im Verkehrsraum Mallinckrodtstraße zu prüfen. Planung und Politik müssen endlich ihre Verantwortung erkennen und grundsätzlich umsteuern.

Im Ergebnis wurde der Prüfauftrag beschlossen. Zustimmung

Wirtschaftsförderung ohne Beschäftigungsförderung

Die bisherige "Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung" wurde umstrukturiert - im wesentlichen 1. durch die Aufnahme des "dortmund-project" als eine Abteilung in die neue "Wirtschaftsförderung Dortmund". Damit verschwindet das "dortmund-project" ("70.000 neue Arbeitsplätze in 10 Jahren") als eigenständiges Vorhaben aus der öffentlichen Debatte. Sein Scheitern - zur Hälfte der Laufzeit lassen sich keine 10% der versprochenen Arbeitsplätze feststellen - lässt sich auf diese Weise besser verstecken. Hierzu kritische und ablehnende Wortmeldung von Stammnitz PDS/OL. 2. durch das "ehrliche" Streichen der Beschäftigungsförderung aus dem Titel ...

Wortmeldung: Das Streichen der Beschäftigungsförderung aus dem Titel des Unternehmens soll von Geschäftsführer Mager damit begründet worden sein, dass "wer Wirtschaft fördere, fördere ja damit auch Beschäftigung". In diesem Sinn stelle ich den Änderungsantrag, das neue Amt "Beschäftigungsförderung Dortmund" zu nennen - denn wer Beschäftigung fördert, fördert ja damit auch Wirtschaft. Ich bitte in der Vorlage alle Passagen entsprechend umzubenenen.

Im Ergebnis wurde dieser ernsthaft-ironische Antrag abgelehnt und die Vorlage mit den Stimmen von SPD/Grüne beschlossen. Gegenstimme

Beantwortung von Anfragen

1. ÖPNV-Ticket zum Nulltarif

Aus Platzgründen wird die Anfrage hier nicht wiederholt - vgl. "Informationen und Positionen 05.05" oder www.linkes-buendnis-dortmund.de

Antwort: mit Bezug auf die oben genannte Anfrage darf ich die folgenden Auskünfte geben.

zu 1. Die DSW tragen die Verkehrsverluste (ÖPNV) als auch die Verluste der Flughafen Dortmund GmbH. Im Geschäftsjahr 2004 belief sich das Verkehrsdefizit auf 65,7 Mio. €, die Verluste des Flughafens betragen 28,3 Mio. €. Die Entwicklungsvorhaben auf der Fläche Phoenix-Ost in Dortmund-Hörde sowie auf der Fläche der ehemaligen Napier-Kaserne (vormals Flughafen Dortmund-Brackel) werden von der DSW AG so geplant, dass bei beiden Projekten ein positives wirtschaftliches Ergebnis resultieren soll. Dies gilt auch für Leistungen, die im Zusammenhang mit Vermietungen an den BVB stehen.

zu 2. - 5. Die Stadt Dortmund als Aufgabenträger sowie die DSW AG als Verkehrsunternehmen sind eingebunden in das Vertragswerk des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR). Stadt und DSW sind von daher nicht frei in Ihren Entscheidungen über das Tarifgefüge des ÖPNV in Dortmund. Vielmehr müssen Vorschläge zu einer Änderung des Tarifgefüges im VRR beraten und entschieden werden. Das gilt auch für ein ÖPNV-Ticket zum Nulltarif.

Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung am 19. Mai 2005 beschlossen, den VRR zu bitten, ein sogenanntes „Sozial-Ticket“ einzuführen, das von Beziehern von Arbeitslosengeld II und von Sozialgeld erworben werden kann. Diesen Beschluss des Rates habe ich dem VRR übermittelt mit der Bitte, ihn in die zuständigen Gremien des VRR einzubringen.

Dr. Langemeyer

Kommentar: Die Anfrage war fristgerecht am 4. Mai für die Sitzung am 19. Mai gestellt worden. Obwohl das Ticket auf der Tagesordnung stand, schaffte der OB es nicht, diese kurze Antwort termingerecht zu geben. Die Kosten für das Ticket wurden in der Ratssitzung mit 7 Mio. € angegeben - eine niedrige Summe gegenüber den hier angegebenen 90 Mio. € Sponsoring für andere Verkehrsdefizite, ganz zu schweigen vom nicht bezifferten Sponsoring für spekulative Entwicklungsvorhaben. Die behauptete Unfähigkeit zu regionaler Gestaltung im Tarifgefüge des ÖPNV kann so nicht stehen bleiben, weder sozial noch politisch. Vgl. auch die Wortmeldung am 19. Mai.

2. Kommunale Kosten und Aufwändungen für '3do'

Aus Platzgründen wird die Anfrage hier nicht wiederholt - vgl. "Informationen und Positionen 05.05" oder www.linkes-buendnis-dortmund.de

Antwort: in der o.g. Anfrage vom 04.05.05 wird in der Einleitung den im Rat der Stadt Dortmund vertretenen Parteien SPD, CDU und Grüne vorgeworfen, die öffentlichen Interessen für die Entwicklung eines funktionstüchtigen Hauptbahnhofes nur unzureichend berücksichtigt zu haben und das Projekt '3do' aus vielerlei Gründen kritisiert. Dies bedarf einer deutlichen Klarstellung.

Von Anbeginn der Planung für den Hauptbahnhof sind vom Rat der Stadt Dortmund klare kommunalpolitische Leitziele aus einer ganzheitlichen Stadtentwicklungsperspektive und städtebaulicher Profilierung des Teilraumes vorgegeben worden:

1. Mit dem Neubau des Hauptbahnhofs soll eine moderne, zukunftsorientierte Verkehrsstation entstehen, die allen komfort- und serviceorientierten Ansprüchen genügt.
2. Die herausragende Funktion der Stadt Dortmund als Oberzentrum eines Einzugsbereiches mit mehr als 2.000.000 Einwohnern muss durch einen weiteren Ausbau der oberzentralen Infrastruktur sowie geeignete Maßnahmen zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung gestärkt werden. Das Multi-Themen-Center (MTC) als tragender Bestandteil der Bahnhofüberbauung wird mit seinen kommerziellen und freizeitorientierten Nutzungen diesen ehrgeizigen Ansprüchen gerecht.
3. Der Hauptbahnhof hat eine städtebauliche Schlüsselposition am Nordrand der City. Es besteht die Chance, dieses "Tor zur City" als attraktives Entree zum Citykern und – durch fußgängerfreundliches Gestalten des Baukörpers und des Bahnhofsumfeldes – als Bindeglied zwischen City und nördlicher Innenstadt auszuformen.

Alle Aktivitäten, die gemeinsam mit der DB AG und dem Projektentwickler entfaltet worden sind, tragen diesen ehrgeizigen Ansprüchen und Rahmenbedingungen Rechnung. Sie spiegeln sich insbesondere wider in Ratsbeschlüssen zur Wettbewerbsentscheidung für die städtebauliche Gestaltung des Bahnhofsumfeldes, des Bebauungsplanes InW 120 – Entwicklung Hauptbahnhof – und des Städtebaulichen Vertrages mit dem Projektentwickler.

Ich erwarte, dass die Realisierung des '3do' einen wesentlichen Beitrag für den Strukturwandel unserer Stadt leisten wird sowie als prägende Landmarke eine weitreichende Ausstrahlung und damit Anziehungskraft aus der Region bewirken wird. Ich bin mir sicher, dass das '3do' die Attraktivität der City als Einkaufs-, und breitgefächertes Erlebnisstadt deutlich steigern wird.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, auf positive Folgewirkungen im finanziellen und soziographischen Kontext hinzuweisen mit Stichworten wie zusätzliche Steuereinnahmen, sichere zusätzliche Arbeitsplätze nicht nur im '3do' sowie Anreize, Dortmund als interessanten Wohnstandort zu wählen.

Als Vorbemerkung zur eigentlichen Fragestellung zu den Kostenaufwendungen möchte ich auf die Komplexität der Aufwandserhebungen hinweisen. Die Projektentwicklung '3do' stellt sich als beispielhaftes 'public private partnership'-Modell dar. Arbeitsteilung, Kooperation zwischen DB AG, Sonae Sierra und Stadt Dortmund, Verfahrensabwicklung, Finanzierung und Förderung sowie Entscheidungshilfe stellt ein mehrdimensionales Netzwerk dar. Nach dem Verursacher- und Nutzenprinzip ist ein Kostensplitting vereinbart worden. Vor diesem Hintergrund kann eine verständliche, überschaubare Kostenabildung nur in groben Zügen dargestellt werden.

Kostentableau:

Personalkosten 6/MTC in €:

1999	2000	2001	2002	2003	2004
0	304.902	307.103	304.854	259.144	171.490

Sachkosten 6/MTC in €:

1999	2000	2001	2002	2003	2004
84.753€	31.224	91.111	111.496	127.867	240.560

Planungskosten 6/MTC in €:

1999	2000	2001	2002	2003	2004
0	31.726	76.946	263.848	271.800	306.800

Städtische Investitionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Dortmunder Hbf:

Hierzu verweise ich auf die Vorlage Nr. 02969-02 vom 03.07.02 zur Sitzung des Rates am 15.07.02:

Maßnahme	Geschätzte Investitions-summe in €	Angestrebte Förde-rung in €	Verbleiben-der städt. Eigenanteil in €
Umgestaltung des südl. Bahn-hofsvorplatzes	3.374.526	2.644.912	729.614
Umgestaltung des nördl. Bahn-hofsvorplatzes	3.936.948	3.088.711	848.237
Neugestaltung der Treppen-an-la-ge und Brücke	3.000.000	2.400.000	600.000
Verkehrerschlie-ßung auf der Nordseite	9.045.168	7.338.393	1.706.775
Fahrradstation	1.942.909	971.454	971.455
Anpassung an das Straßennetz	1.942.909	1.651.473	291.436
Kreuzungs-umbauten	2.607.588	2.216.450	391.138
Verkehrslaitsys-tem von BAB zum MTC	2.300.814	1.955.692	345.122
Aufwertung der Stadtbahn-Verteilerebene	1.636.100	1.124.809	511.291
Umbau Stadt-bahnanlagen	21.474.250 *1	17.895.20 7	3.579.043
Erwerb VIVICO-Fläche	5.061.789 *2	--	5.061.789
Planungsansatz 6/MTC für 2003 und 2004 (zus.)	613.550	--	613.550
Verknüpfung Stadtbahn/ Hbf	(28.100.00 0)	?	?
Summe (ohne Verknüpfung Stadtbahn/Hbf	56.936.551 *3	41.287.10 1	15.649.450

*1 – Fortgeschr. Kosten - Ansatz alt ca. 34 Mio. DM; *2 - Ohne Erweiterung der Nordspange; *3 - Ohne Leitungsverlegung

Im übrigen weise ich darauf hin, dass auch ohne Entwicklung des „3do“ die Gestaltung der Bahnhofsvorplätze (siehe Citykonzept 2000) und die Aufschließung der Brachfläche im Norden (ehemaliges Güterbahnhofs-gelände) erforderlich gewesen wäre.

Dr. Langemeyer

Kommentar: Die Anfrage war fristgerecht am 4. Mai für die Sitzung am 19. Mai gestellt worden. Obwohl das "3do"

auf der Tagesordnung stand, schaffte der OB es nicht, diese Antwort termingerecht zu geben. In der städtischen Propaganda für das "UFO" und das "3do" hatte es stets geheißt, der private Investor investiere sein eigenes und von ihm akquiriertes privates Geld, öffentliches Geld fließe nur für die Bahn- und Stadtbahnanlagen, die Stadt Dortmund werde gar nicht belastet! Inzwischen summieren sich die Gelder aus dem kommunalen Haushalt auf immer höhere Anteile. Die Antwort bietet – trotz aller Unvollkommenheiten und Unvollständigkeiten – aber erste Möglichkeiten, das tatsächliche kommunale Finanzengagement für die private Spekulation über dem Hbf zu beziffern.

3. Ein-Euro-Jobs in städtischer Trägerschaft

Anfrage: am 30. Juni, just zum Datum der letzten Ratsitzung vor der Sommerpause, ist die gesetzlich vorgegebene Personenauswechslung in den zu Jahresbeginn eingerichteten Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV durchzuführen. Aus diesem Anlass erbitte ich für die in der Trägerschaft des Konzerns Stadt und der von ihr beeinflussbaren Gesellschaften über die im Juni bestehenden Arbeitsgelegenheiten die folgenden Informationen:

1. Wie viele Arbeitsgelegenheiten sind zu diesem Zeitpunkt besetzt? Dies bitte ich nach folgenden Gesichtspunkten aufzuschlüsseln:

- Welche Trägerinnen sind mit jeweils wie vielen Arbeitsgelegenheiten befasst?
- Wie sind Geschlecht und Altersverteilung in der Besetzung der Arbeitsgelegenheiten verteilt?
- In welchen beruflichen oder Branchenfeldern sind jeweils wie viele Arbeitsgelegenheiten angesiedelt?
- Welche formalen Qualifikationen wurden in welcher Verteilung in die Arbeitsgelegenheiten mit gebracht?
- Welche Tätigkeiten wurden in welchen Arbeitsgelegenheiten ausgeübt?
- Welche Arbeitsergebnisse wurden in welchen Arbeitsgelegenheiten hergestellt?
- Welche Qualifikationen sind in wie vielen Arbeitsgelegenheiten vermittelt worden und welche Art von Bescheinigungen werden darüber ausgestellt?

2. Wie viele Menschen sind bisher und werden noch bis zum 30. Juni aus diesen Arbeitsgelegenheiten in ein Arbeitsverhältnis kommen? Die Ergebnisse bitte ich nach den Gesichtspunkten unter 1. aufzuschlüsseln.

3. Wie viele Arbeitsgelegenheiten wurden abgebrochen und welche Gründe wurden dafür angegeben? Die Ergebnisse bitte ich nach den Gesichtspunkten unter 1. aufzuschlüsseln.

4. Welche Ausgaben in Euro sind für die Arbeitsgelegenheiten von Januar bis Juni insgesamt und im einzelnen gegenüber welchen Trägerinnen getätigt worden? Dies bitte ich nach folgenden Gesichtspunkten aufzuschlüsseln:

- Ausgaben für die Menschen in den Arbeitsgelegenheiten (Aufwandsentschädigungen nach Hartz IV)
- Ausgaben für die Qualifizierungsmaßnahmen nach Hartz IV (bitte nach Kostenarten aufschlüsseln)
- Ausgaben für die Verwaltungsaufgaben nach Hartz IV (bitte nach Kostenarten aufschlüsseln)
- Sonstige Ausgaben

5. In welcher Form wurde die Beteiligung der Personal- und/oder Betriebsräte durchgeführt?

6. Welches Controlling wird gegenüber den Trägerinnen in bezug auf 1. die Durchführung der Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV und 2. die Verwendung der Mittel nach Hartz IV ausgeübt?

7. Welche Werte wurden und werden in den Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV geschaffen? In welchen Positionen des Haushalts – oder eines Schattenhaushalts – werden sie als Einnahmen, Wertzuwächse oder Überschüsse verbucht? Wie werden diese Zugewinne verwendet? Ist beabsichtigt, sie an die beteiligten 1-Euro-Jobber auszuzahlen?

8. Wird die Wiederbesetzung der frei werdenden Arbeitsgelegenheiten betrieben? Wenn ja, auf welcher Basis – welcher Ergebniskontrollen und daraus gezogener Lehren – geschieht dies?

Wolfgang Richter

Antwort: Vorbemerkung:

Die folgenden Ausführungen gelten nur für den Konzern Stadt Dortmund.

Zielsetzung der Stadt Dortmund ist es, für Arbeitslosengeld II- Empfänger bis zu 1.500 Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung im Konzern Stadt Dortmund anzubieten. Die Arbeitsgelegenheiten werden im Wesentlichen in einzelnen städtischen Fachbereichen, bei der Dortmunder Dienste GmbH und in Beteiligungsgesellschaften der Stadt Dortmund durchgeführt.

Die Dortmunder Dienste GmbH tritt für den Konzern Stadt Dortmund gegenüber der Arbeitsgemeinschaft im JobCenter Dortmund als Träger der Maßnahmen auf und koordiniert die Einzelprojekte im Zusammenwirken mit allen beteiligten Partnern.

Zu Frage 1 – erster Spiegelstrich:

Zum Stichtag 20.06.2005 befanden sich im Konzern Stadt Dortmund 863 Arbeitslosengeld II- Empfänger in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung; die Einzelmaßnahmen werden in Zusammenarbeit mit 23 städtischen Fachbereichen und Beteiligungsunternehmen durchgeführt:

Stadtamt / städtische Gesellschaft		Anzahl
StA 01	Frauenbüro	1
StA 03	Dortmund Agentur	1
StA 21	Stadtkasse	1
StA 23	Liegenschaften	1
StA 30	Rechtsamt	1
StA 32	Ordnungsamt	48
StA 33	Bürgerdienste	5
StA 37	Feuerwehr	8
StA 40	Schulverwaltungsamt	264
StA 41	Kulturbetriebe	16
StA 42	Theater	5
StA 50	Sozialamt	3
StA 51	Jugendamt	81
StA 52	Sport- und Freizeitbetriebe	39
StA 53	Gesundheitsamt	6
StA 63	Bauordnungsamt	4
StA 66	Tiefbauamt	179
StA 68	Friedhöfe	24
	Summe städtische Ämter	687
	Klinikum	7
	EDG	101
	Städtische Seniorenheime	36
	Dortmunder Dienste GmbH	31
	Summe städtische Gesellsch.	175
	AGARD Naturschutzhaus	1
	Maßnahmeplätze gesamt	863

Zu Frage 1 – zweiter Spiegelstrich:

Die im Konzern Stadt Dortmund in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung eingesetzten Personen lassen sich nach Geschlecht und Altersstruktur wie folgt aufteilen:

Geschlecht	Altersgruppen	Anzahl
weiblich	unter 25 Jahre	16
	25 bis 40 Jahre	62
	41 bis 50 Jahre	48
	über 50 Jahre	12
	Summe weiblich:	138
männlich	unter 25 Jahre	46
	25 bis 40 Jahre	315
	41 bis 50 Jahre	252
	über 50 Jahre	112
	Summe männlich:	725
gesamt:		863

Zu Frage 1 – dritter Spiegelstrich:

Die angebotenen Arbeitsgelegenheiten sind im Hinblick auf die Berufsbilder oder Branchenfelder sehr heterogen ausgerichtet. Die Tätigkeitsfelder lassen sich im Wesentlichen in sechs Kategorien einteilen:

Verwaltungstätigkeiten	49 Personen
Grün/GALA	233 Personen
Hauswirtschaft	36 Personen
Hausmeisterdienste u.ä.	350 Personen
Stadtreinigung	101 Personen
Sonstiges	94 Personen
Summe	863 Personen

Zu Frage 1 – vierter Spiegelstrich:

Die Qualifikationen der Personen, die sich in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung befinden, erstrecken sich von Personen ohne Ausbildung bis zu Personen mit akademischer Qualifikation. Beispielhaft können genannt werden:

1. Ungelehrte Hilfskräfte	11. Hauswirtschaftler
2. Gebäudereiniger	12. Hauswirtschaftshelfer
3. Bergmann	13. Koch
4. Briefträger	14. Fotolaborant
5. Maler/Lackierer	15. Hotelfachmann
6. Maurer	16. Bürokaufmann
7. Elektroinstallateur	17. Einzelhandelskaufm.
8. Kunststoffschlosser	18. IT-Systemkaufmann
9. Handelsfachpacker	19. Germanist/Soziologe
10. Krankenpflegehelfer	20. Biologe

Zu Frage 1 – fünfter Spiegelstrich:

Siehe Antwort zu Frage 1 – dritter Spiegelstrich

Zu Frage 1 – sechster Spiegelstrich:

Die Organisation der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung durch die Dortmunder Dienste GmbH erfolgt auf der Grundlage von § 16 Abs. 3 SGB-II. Vorrangiges Ziel bei der Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten für die Dortmunder Dienste GmbH ist insbesondere die Heranführung von Langzeitarbeitslosen an den Arbeitsmarkt. Arbeitsgelegenheiten dienen insbesondere dazu, einerseits die "soziale" Integration zu fördern, andererseits aber auch die Beschäftigungsfähigkeit aufrecht zu erhalten bzw. wiederherzustellen und damit die Chance zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt zu erhöhen. Außerdem können sie dazu beitragen, die Qualität im Bereich sozialer Dienstleistungen zu steigern und bestehende gesellschaftliche Problemlagen zu mindern. Die Arbeitsgelegenheiten dienen der Teilhabe an und der Integration in die Gesellschaft und der Wahrung der Menschen

würde.

Arbeitsgelegenheiten vermitteln Erkenntnisse über Eignungs- und Interessenschwerpunkte sowie Qualifikationen und liefern somit wichtige Hinweise für Förderung und Strategien zur Arbeitsaufnahme. Arbeitsgelegenheiten sollen sinnvoll in bestehende oder zu entwickelnde aufeinanderbauende Förderstrategien und -ketten einbezogen werden.

Arbeitsgelegenheiten sind Ausdruck des "Fördern und Fordern" (§ 2 SGB-II) und damit der zumutbare Beitrag des Hilfeempfängers/der Hilfeempfängerin zur Reduzierung seiner/ihrer Hilfebedürftigkeit. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II ist eine Eingliederungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige.

Zu Frage 1 – siebter Spiegelstrich:

Grundsätzlich wird auf vorangegangene Antwort zu Frage 1 – sechster Spiegelstrich Bezug genommen. Die Maßnahmeteilnehmer erhalten für Einzelqualifizierungen Zertifikate; darüber hinaus erhalten sie qualifizierte Teilnahmebescheinigungen.

Zu Frage 2:

Bis Mitte Juni 2005 sind 24 Teilnehmer aus städtischen Arbeitsgelegenheiten in den allgemeinen Arbeitsmarkt bzw. in Weiterbildungsmaßnahmen eingemündet. Die nachfolgende Übersicht strukturiert die Personen nach Alter und Geschlecht:

Geschlecht	Altersgruppen	Anzahl
Weiblich	unter 25 Jahre	0
	25 bis 40 Jahre	2
	41 bis 50 Jahre	1
	über 50 Jahre	0
	Summe weiblich:	3
Männlich	unter 25 Jahre	1
	25 bis 40 Jahre	12
	41 bis 50 Jahre	4
	über 50 Jahre	4
	Summe männlich:	21
Gesamt		24

Zu Frage 3:

Im Zeitraum vom 01.01. bis 20.06.2005 wurden die Arbeitsgelegenheiten von 264 Personen abgebrochen. Die Gründe für den Abbruch und die Alters- und Geschlechterverteilung der „Abbrecher“ sind den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen.

Gründe	Anzahl
Krankheit	37
sonstige Gründe	133
Fehlzeiten	70
Arbeitsaufnahme/Weiterbildung	24
Gesamt	264

Geschlecht	Altersgruppen	Anzahl
weiblich	unter 25 Jahre	0
	25 bis 40 Jahre	14
	41 bis 50 Jahre	16
	über 50 Jahre	3
	Summe weiblich:	33
männlich	unter 25 Jahre	25
	25 bis 40 Jahre	118
	41 bis 50 Jahre	63
	über 50 Jahre	25
	Summe männlich:	231
Gesamt		264

Zu Frage 4:

Für die Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung wird der Dortmunder Dienste GmbH von der Arbeitsgemeinschaft im JobCenter Dortmund eine Trägerpauschale i.H.v. 300,00 € pro Monat/Teilnehmer gewährt. Zusätzlich erhalten die Maßnahmeteilnehmer bis zu 195,00 € monatlich.

Mit der Trägerpauschale sollen der Qualifizierungs- und Verwaltungsaufwand und sonstige Aufwendungen für die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten abgedeckt werden. Bis Mitte Juni 2005 sind im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten Qualifizierungsaufwendungen von insgesamt ca. 60 T€ angefallen.

Die Aufwendungen für Verwaltungsaufgaben und sonstige Aufwendungen können in der Gesamtheit noch nicht genau beziffert werden. Für die Dortmunder Dienste GmbH gilt, dass sie derzeit ihre Infrastruktur nach dem zu erwartenden künftigen Maßnahmeumfang der "Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung" ausrichtet und die von der Arbeitsgemeinschaft im JobCenter Dortmund finanzierte Trägerpauschale zur Deckung ihrer künftigen Aufwendungen heranzieht und diese Trägerpauschale zur Finanzierung sonstiger Sachaufwendungen ausschöpft.

Zu Frage 5:

Bei der Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung werden grundsätzlich die jeweiligen Personal- und Betriebsräte der Stadt Dortmund bzw. der städtischen Beteiligungsgesellschaften eingeschaltet.

Der Personalrat der Stadt Dortmund hat bisher für alle von der Arbeitsgemeinschaft im JobCenter Dortmund genehmigten Maßnahmen ein positives Votum abgegeben.

Die Betriebsräte der städtischen Beteiligungsgesellschaften wurden ebenfalls im Vorfeld einbezogen und haben ihr Einverständnis für diese Maßnahmen erklärt.

Der Personalrat der Stadt Dortmund ist auch im Beirat der Arbeitsgemeinschaft im JobCenter Dortmund vertreten.

Zu Frage 6:

Als Träger der Gesamtmaßnahmen für den Konzern Stadt Dortmund hat die Dortmunder Dienste GmbH mit den beteiligten städtischen Fachbereichen und Beteiligungsgesellschaften ein abgestimmtes Controlling-Verfahren für die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung eingerichtet.

Zu Frage 7:

Zielsetzung bei der Durchführung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung ist es nicht, bestimmte Werte, Wertzuwächse, Einnahmen oder Überschüsse zu erzielen. Vielmehr sollen im Sinne des § 16 Abs. 3 SGB-II die Beschäftigungsfähigkeit und Motivation von Maßnahmeteilnehmern erhalten und schrittweise die individuelle Belastbarkeit und Arbeitsfähigkeit erhöht werden. Zudem soll insbesondere die soziale Integration gefördert und die Heranführung von Langzeitarbeitslosen an den allgemeinen Arbeitsmarkt erreicht werden.

Zu Frage 8:

Im Konzern Stadt Dortmund eingerichtete Maßnahmeplätze werden in Absprache mit der Arbeitsgemeinschaft im JobCenter Dortmund wiederbesetzt.

Dr. Gerhard Langemeyer

Kommentar: Der Konzern Stadt beteiligt sich nach Kräften an der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten – hier

gibt es die aktuellen Daten, aus denen sich herausarbeiten lässt, wie wenig die Kriterien stimmen – Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse, Qualifizierung ... Die Arbeitsgelegenheiten schaffen keine Ergebnisse, keine bezifferbaren Werte, wie der OB auf Nachfrage (zur Antwort auf Frage 7) mitteilt - eine erstaunliche Aussage ... In der Verwendung der Mittel – 300 € monatlich pro Arbeitsgelegenheit – stehen 60.000 € für Qualifizierung, das macht im Durchschnitt ca. 11,5 € pro Mensch und Monat, was eine Qualifizierung?! Für "Verwaltung und sonstige Aufwendungen" bleiben ca. 1,5 Mio. €, eine beachtliche Summe ... Was sammelt sich da wo an? Die Dortmunder Dienste stehen vor einer Umwandlung in eine GmbH ...

4. Zur Ausbildungssituation

Anfrage: Im Interesse der Dortmunder Jugend möchte ich folgende Fragen zur aktuellen Situation der Ausbildung 2005 stellen:

- 1) Wie viele Jugendliche (unter 25 Jahren) unserer Stadt haben in den Jahren 2003 und 2004 noch keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden?
- 2) Wie viele Jugendliche werden dieses Jahr voraussichtlich ihre Schullaufbahn beenden?
- 3) Wie viele betriebliche Ausbildungsplätze stehen bislang für das anstehende Ausbildungsjahr zur Verfügung?
In einer meiner vergangenen Anfragen hatten Sie geantwortet, der Konzern RWE gehöre zu den umsatzstärksten in der Stadt Dortmund.
- 4) Wie hoch ist der offiziell angegebene Umsatz von RWE in Dortmund insgesamt und aufgliedert in die einzelnen Konzern-Zweige (z.B. RWE Energy etc.)?
- 5) Wie viele Auszubildende beschäftigt der Konzern RWE in Dortmund insgesamt und aufgliedert in die einzelnen Konzern-Zweigen?
- 6) Wie hoch ist dies im Verhältnis zur gesamten Zahl der Dortmunder Beschäftigten bei RWE insgesamt und aufgliedert in die einzelnen Konzern-Zweige?
Sie lassen über die Internet-Seite der Stadt Dortmund regelmäßig verlauten, dass Ihnen die Ausbildung junger Menschen wichtig ist.
- 7) Welchen Einfluss machen Sie innerhalb Ihrer Funktion als Mitglied im Aufsichtsrat geltend, um RWE zu vermehrter Ausbildung und anschließender Übernahme zu bewegen?
- 8) Wann wird der neue RWE-Tower am Hauptbahnhof eröffnet?
- 9) Wie viele Arbeitsplätze in der RWE-Verwaltung entstehen in Dortmund nach Eröffnung des neuen RWE-Towers am Hauptbahnhof?
- 10) Wie viele Jugendliche erhalten dort (in diesem Jahr) einen Ausbildungsplatz?
Wolfgang Richter

Antwort:

zu Frage 1 und Frage 3: Die Zahlen werden von der Arbeitsagentur Dortmund ermittelt und voraussichtlich im September 2005 zur Verfügung stehen. Sobald mir die Angaben vorliegen, werde ich sie dem Rat zur Kenntnis geben.

zu Frage 2: Nach der amtlichen Schulstatistik haben zum Ende des Schuljahres 2003/2004 insgesamt 6.075 Schüler und Schülerinnen die allgemeinbildenden Schulen in Dortmund verlassen. Die Schulabgängerzahlen für das Schuljahr 2004/2005 werden mit der Amtlichen Schulstatistik zum Stichtag 15.10.2005 erhoben. Es ist davon aus-

zugehen, dass die Zahlen für 2004/2005 leicht über denen des Schuljahres 2003/2004 liegen werden.

zu Frage 4 bis 6 und Frage 8 bis 10: Die Fragen betreffen die RWE AG als privatwirtschaftliches Unternehmen. Die Stadt Dortmund ist weder befugt noch verfügt sie über die Daten, um hierzu Auskünfte zu erteilen.

zu Frage 7: Die Wahrnehmung meines Mandates im Aufsichtsrat der RWE AG erfolgt auf der gesetzlichen Grundlage, insbesondere unter Beachtung der §§ 111 und 116 AktG. Die Wahrnehmung meiner Aufgaben als Oberbürgermeister der Stadt Dortmund sind davon strikt getrennt. Selbstverständlich setze ich mich als Oberbürgermeister dafür ein, dass in Dortmund möglichst viele Ausbildungsplätze angeboten werden und eine anschließende Übernahme erfolgt.

Dr. Langemeyer

Kommentar: Da weiß man doch, warum Politiker in Aufsichtsräten sitzen, zumal als deren Vorsitzende! Alles im Interesse der privatwirtschaftlichen Unternehmen! Strikte Trennung von den politischen Aufgaben! Die miese Situation in der Ausbildung ist halt etwas ganz anderes, da kann man nix machen!

Nicht öffentlich: Weitere Sachzwänge für "3do" beschlossen

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung wurde die Verwaltung ermächtigt, weitere Teilverträge mit dem potentiellen Investor Sonae und der Bahn AG abzuschließen, insbesondere Grundstücksgeschäfte vorzubereiten, die für eine Realisierung erforderlich würden.

Das Projekt ist nicht richtiger und besser geworden und schleppt alle Fehler weiter mit sich. Eine Realisierung ist nach wie vor nicht gesichert. Aber dieser Beschluss ist ein weiterer Baustein in der Abfolge der Sachzwänge, die den politischen Gestaltungsraum sukzessive eingrenzt und das Ziel verfolgt, keinen anderen Ausweg zu lassen als den, das absurde Vorhaben wider alle Vernunft durchzuführen.

In meiner **Wortmeldung** verwies ich auf die protokollierten Ausführungen in der Sitzung des Rates am 19. Mai, die nach wie vor gelten (vgl. Informationen und Positionen 05.05 oder www.linkes-buendnis-dortmund.de).

Im Ergebnis wurde der Beschluss von den Fraktionen SPD/Grüne gefasst. Gegenstimme

Mehr von allem im Internet:

www.linkes-buendnis-dortmund.de

Medien-Erklärung 06.07.05

Dortmunder Linke im Gespräch

Eine hochaktuelle Diskussion von Dortmunder Linken gab es am 25. Juni während des Volksfestes der DKP im Revierpark Wischlingen. In der "Perle vom Borsigplatz" diskutierten zum Thema "Die Linke/n in Dortmund: Nebeneinander? Gegeneinander? Miteinander?" Ulrike Behrendt (Sozialforum, Montagsdemo), Manfred Sträter (WASG), Wolf Stammnitz (PDS) und Wolfgang Richter (Linkes Bündnis Dortmund) über kommunale Perspektiven der Linken in Dortmund.

Als Veranstalter fragte Dietmar Kompa für das "Linke Bündnis Dortmund, Parteilose Linke, DKP und SDAJ" nach den Konzepten im Kampf gegen Rechtsentwicklung und

Neofaschismus und gegen den in Dortmund auf nahezu allen Ebenen zu spürenden Sozialabbau. Das Podium nutzte die Gelegenheit, gleiche und unterschiedliche Sichtweisen lebendig darzustellen. Diskutiert wurde auch das Verhältnis von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten – auf grundsätzliche Kritik am Kapitalismus dürfe nicht verzichtet werden, betonte Wolfgang Richter.

An der anschließenden offenen Diskussion beteiligten sich Aktivist/innen aus der Dortmunder Antifa- und Friedensbewegung, Gewerkschafter/innen und erfahrene Kommunist/innen. Der Tenor der Beiträge: Die unterschiedlichen Kräfte und Organisationen der Dortmunder Linken sollten stärker als bisher zusammenarbeiten. Das Gemeinsame der Linken in Dortmund solle in den Vordergrund gerückt werden, um der neoliberalen Politik der Militarisierung draußen und des Sozialabbaus drinnen eine wirksame Opposition auch hier entgegen zu setzen. Dies sei ganz aktuell für die geplante vorgezogene Bundestagswahl wichtig, aber vor allem mit Blick auf die zwar noch ferne, aber doch kommende Kommunalwahl nötig.

Das "Linke Bündnis Dortmund" lud zu einem Treffen der Dortmunder Linken für den Herbst ein. Dabei solle diskutiert werden, ob es möglich sei, mit einer gemeinsamen Liste die nächste Kommunalwahl anzugehen. Ein solcher Prozess, an dem auch andere interessierte Linke teilnehmen könnten, solle öffentlich und transparent geführt werden. Diese Diskussion werde auch die außerparlamentarischen demokratischen und sozialen Bewegungen in unserer Stadt stärken.

Dietmar Kompa, Vorsitzender des "Linken Bündnis Dortmund"

Medien-Erklärung 07.07.05

Solidarität mit LabourNet!

Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ

- protestiert gegen den Überfall auf die Arbeitsmöglichkeiten von LabourNet!
- protestiert gegen die Durchsuchung der Büros und Wohnungen der Redaktion!
- protestiert gegen die Beschlagnahme ihrer Arbeitsmittel und Archive!

Manche erinnert das Geschehen in Bochum an die legendäre Spiegelaffäre – sie sagen, nur "ein Abgrund von Landesverrat" kann eine solche überfallartige Aktion von Staatsanwaltschaft und Staatsschutz gegen eine kritische politische Redaktion hervorgerufen haben!

Uns erinnert das Geschehen in der Nachbarstadt auch an die eineinhalb Jahre zurückliegende sehr ähnliche Aktion gegen den Journalisten und das Mitglied des "Linken Bündnis Dortmund" Ulrich Sander und die VVN/BdA Nordrhein-Westfalen. Die "Begründungen" für die ganz ähnlichen Einbrüche in Büro und Wohnung und die ganz ähnlichen Beschlagnahmen erscheinen heute wie Kopien der seinerzeitig benutzten! Bis heute wurde dem Antifaschisten nichts nachgewiesen, aber er wurde auch nicht wirklich rehabilitiert.

Auch in München gab es vor kurzem einen ähnlichen Vorgehen gegen den Journalisten Nick Brauns. Dieser Vorgang ist zusätzlich skandalträchtig, weil die Aktion der Polizei gegen ihn und seine Arbeitsmöglichkeiten ganz offen aufgrund einer ungeprüften "Anzeige" durch erklärte Neofaschisten erfolgte.

Die Zeichen wiederholen und mehren sich, dass die

politisch kritisch recherchierende Linke in der Bundesrepublik im Visier von Polizei, Staatsanwaltschaft und Staatsschutz bleibt und ihren Zugriffen verstärkt ausgesetzt wird. Dies sollte die demokratische Öffentlichkeit nicht nur beunruhigt zur Kenntnis nehmen. Sie ist aufgefordert sich zu solidarisieren - im Kern geht es auch um ihre Arbeit!

Wolfgang Richter

Dortmund, den 08. Juni 2005

Brief an den Oberbürgermeister

Betr.: **Rechtsextreme Veranstaltung in den Westfalenhallen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Langemeyer, mit Empörung entnehme ich der lokalen Berichterstattung der Medien, dass es den akademisch verkleideten rechtsextremen "Herren in Nadelstreifen" einmal mehr gelungen ist, einen Raum in den Westfalenhallen für eine Propagandaveranstaltung anzumieten. Die Stadt Dortmund trägt Verantwortung für das Betreiben der Westfalenhallen – wenn nicht die unmittelbare Verantwortung für jede einzelne Veranstaltung, so doch für die inhaltliche Orientierung des Ganzen.

Für mich kontrastiert das erneute Vermieten eines Saals an erklärte Rechtsextremisten aufs heftigste mit den Mahnungen von Rat und Verwaltungsspitze der Stadt - zuletzt im Kontext des 60. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg am 8. Mai - gegen die Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts in jeder Form aufzutreten. Gilt das nur für das Protokoll? Gilt die Aufforderung an die Bürger und Bürgerinnen der Stadt, persönlichen Mut zu zeigen und aktiv gegen rechtsextreme Auftritte zu handeln, nur für die Menschen 'draußen'? Gilt der politische Wille nicht mehr, sobald betriebswirtschaftliche Belange berührt sind?

Ich bitte Sie dringend, alles in Ihren politischen Möglichkeiten liegende zu tun, um diesen Skandal noch zu verhindern und der Stadt Dortmund eine weitere Peinlichkeit in diesem Bereich zu ersparen.

Aus diesem Anlass empfehle ich darüber hinaus, das Einhalten der Resolution des Rates der Stadt bindend in die Qualitätskriterien aller städtischen und städtisch beeinflussten Unternehmen einzufügen.

Mit freundlichem Gruß Prof. Wolfgang Richter

Kleine Echos in der Lokalpresse

RuhrNachrichten:

Akademiekreis eingeladen. Westfalenhalle reagiert auf Proteste.

Gestern zog die Westfalenhalle die Notbremse: Eine für Samstag geplante Vortragsveranstaltung des "Akademiekreises" im Silbersaal wurde kurzfristig abgesagt.

... Die Antifaschisten protestierten – Prof. Wolfgang Richter, Ratsvertreter des Linken Bündnisses, schrieb gestern an den Oberbürgermeister: Mit Empörung habe er erfahren, "dass es den akademisch verkleideten rechtsextremen 'Herren in Nadelstreifen' einmal mehr gelungen ist, einen Raum in den Westfalenhallen für eine Propagandaveranstaltung anzumieten." Er forderte Langemeyer auf, den "Skandal" zu verhindern und "der Stadt eine weitere Peinlichkeit in diesem Bereich zu ersparen."

Wenig später meldete Weber die von der Hauptgeschäftsführung der Westfalenhallen entschiedene Absage ... (09.06. weg)

Westdeutsche Allgemeine Zeitung:

Beschäftigung fehlt

Seine Kritik an der neu aufgestellten Wirtschaftsförderung (das dortmund-project ist einbezogen) bekräftigt Prof. Wolfgang Richter, Ratsherr für das Linke Bündnis. Er hält es für falsch, die Beschäftigungsförderung aus dem Titel des Eigenbetriebs zu streichen. Die Übernahme des dortmund-projects ist für ihn "eine Beerdigung 3. Klasse" und der Versuch, dessen Erfolglosigkeit zu verschleiern.

(29.06.) Vgl. hierzu S. 2 dieser Ausgabe: Wirtschaftsförderung ohne Beschäftigungsförderung

Westdeutsche Allgemeine Zeitung:

Offensive im Stau

Seinem Verdacht, dass die JobCenter ARGE in diesem Jahr nur einen Bruchteil jener 75 Mio Euro ausgeben wird, die ihr aus Bundesmitteln zur Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose zur Verfügung stehen, geht Prof. Wolfgang Richter, Ratsherr für das Linke Bündnis, nach. Von der Summe sollen zurzeit erst 20 Prozent ausgegeben oder festgelegt sein. Das Problem sei, dass die halbjährigen Maßnahmen im Förderzeitraum beendet sein, also spätestens am 1. Juli beginnen müssten. Darauf hat Richter ARGE, den OB und die Ratsfraktionen in einem offenen Brief aufmerksam gemacht.

(30.06.) Vgl. hierzu Seite 1 dieser Ausgabe: Offener Brief an JobCenterARGE und Stadt Dortmund

Westfälische Rundschau:

Sperrung für LKW-Verkehr

Nach dem tödlichen Unfall auf der Mallinckrodtstraße will die Stadt prüfen, ob der Schwerlastverkehr dort unterbunden werden kann. Eine Sperrung für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen ist geplant.

... Prof. Wolfgang Richter vom Linken Bündnis hielt der Stadtverwaltung vor, dass im aktuellen Lkw-Stadtplan die Mallinckrodtstraße dem internationalen Schwerlastverkehr als Hauptstrecke angeboten werde. Ihm erwiderte OB Gerhard Langemeyer, dass eine Alternativ-Trasse im aktuellen Flächennutzungsplan vorgesehen sei.

... (30.06. GN) Vgl. hierzu Seite 1 dieser Ausgabe: Tödlicher Verkehrsunfall auf der Mallinckrodtstraße

Erinnerung

60 Jahre Hiroshima

Atombombenabwurf auf Hiroshima am 6. und auf Nagasaki am 9. August 1945

**Gedenkveranstaltung
am 6. August 2005 um 11.30 Uhr
am Platz von Hiroshima**
(Ecke Hansastraße/Schwarze-Brüder-Straße)
Reden/Kulturprogramm/Infostände

Das Programm aller Veranstaltungen zum Gedenken über Stadtverwaltung, Presse und Veranstalterinnen: IPPNW, Frauen-Friedensinitiative, Friedensforum u.a.

**Atomwaffen endlich abschaffen
Für eine Welt ohne Atomwaffen**